

Eric Gujer

Transformator an der Falkenstrasse

Eric Gujer ist nun seit bald sieben Jahren Chefredaktor der «NZZ». In dieser Zeit hat er dem einzigen Schweizer Weltblatt seinen Stempel aufgedrückt: durch Kommentare gegen den Rahmenvertrag, die SRG und Medien-subventionen oder durch provokante Wortschöpfungen wie «Seuchensozialismus». «persönlich» hat sich mit dem 59-Jährigen über den Zustand der Welt, der Schweiz und der FDP, seine Personalpolitik und die Frage, warum ihn der Fall der Berliner Mauer nachhaltig veränderte, unterhalten.

Interview: Matthias Ackeret Bilder: Marc Wetli

Herr Gujer, Corona hat unsere Gesellschaft vollständig auf den Kopf gestellt.

Wagen wir einen Blick in die Zukunft.

Wie würden Sie diese einschätzen?

Es steht ein schwieriges Jahrzehnt bevor, weil die grosse Stabilität, die seit dem Mauerfall und bis vor wenigen Jahren vorherrschte, vorüber ist. Bei allen Differenzen hielten sich die traditionellen Grossmächte und auch die EU an bestimmte Regeln. Dies ist nun vorbei, heutzutage spielt jeder sein eigenes Spiel. Eine solche Situation sind wir nicht mehr gewohnt, und entsprechend gross sind die Risiken – auch für die Schweiz. Das Coronavirus hat dies akzentuiert, indem man gesehen hat, wie China und Russland durch Impfstoffdiplomatie versucht haben, zusätzlich zu punkten, während dies den USA und ihren Verbündeten mit ihren Impfstoffspenden weniger gut gelungen ist.

«Transformation ist mein Lebensthema.»

Welche Auswirkungen haben die Ereignisse in Afghanistan auf unsere Zukunft?

Die mit dem Fall der Berliner Mauer geborene Ideologie, der Westen müsse Demokratie-Export betreiben, notfalls auch mit Waffengewalt, gerät an ihren Endpunkt. Wir werden jetzt ein Revival der Realpolitik er-

leben. Das ist auch deshalb nötig, weil mit China und Russland die klassische Konfrontation der Grossmächte zurückkehrt. Wir können nur hoffen, dass diese in ein Gleichgewicht der Mächte und nicht in den Dschun- gel – jeder gegen jeden – mündet.

Wie beurteilen Sie die Lage der Schweiz für die nächsten Jahre?

Es stellt sich in erster Linie die Frage, ob wir uns langfristig an eine in der Pandemie schleichend ausgeweitete staatliche Einmischung gewöhnen sollten. Ich verneine das ganz klar.

Was heisst das? Sie haben in Ihrer Zeitung vor allem den Begriff «Seuchensozialismus» geprägt.

«Seuchensozialismus» bedeutet, dass sich der Staat während der Pandemie immer mehr Kompetenzen angeeignet hat. Zudem finden aufgrund der vielen Subventionen starke Verschiebungen zulasten der Privatwirtschaft statt. Diese Tendenzen gilt es im Auge zu behalten. Im europäischen Vergleich zählt die Schweiz, was den «Seuchensozialismus» betrifft, immer noch zu den «besseren» Ländern. Trotzdem ein Beispiel aus jüngster Vergangenheit: Obwohl der Bundesrat eine Normalisierungsphase angekündigt hat, hat er keine weiteren Lockerungen beschlossen. Noch ist unklar, ob dereinst auch wieder eine Phase eingeläutet wird, bei der die Selbstverantwortung des Einzelnen im Vordergrund steht. Es fällt mittlerweile vielen Menschen schwer, sich ein anderes Leben vorzustellen

Zur Person

Eric Gujer wurde am 24. Juli 1962 in Zürich geboren und wuchs in Deutschland auf. Nach der Matura absolvierte er ein Volontariat bei der deutschen Tageszeitung «Mannheimer Morgen» und studierte anschliessend Geschichte, Politikwissenschaft und Slawistik an den Universitäten Freiburg im Breisgau und Köln. Seine Tätigkeit bei der «Neuen Zürcher Zeitung» begann er 1986 als Praktikant und freier Mitarbeiter. Von 1989 bis 1992 war er unter anderem Korrespondent in der DDR bzw. den neuen Bundesländern und zudem Deutschland-Korrespondent in Berlin. Gujer ist seit März 2015 Chefredaktor der «NZZ» und Mitglied der Geschäftsleitung der NZZ AG.

Provokant und meinungsstark:
«NZZ»-Chefredaktor Eric Gujer.

als eines mit dauerhaften Corona-Restriktionen. Das Virus wird nicht verschwinden. Wir müssen uns daher fragen, ob wir auf viele Jahre so weitermachen wollen oder ob wir nicht zur Normalität zurückkehren sollten. Die Impfung wirkt, und sie schützt.

Wie erleben Sie die staatlichen Eingriffe?

Ein Beispiel: Gerade wird diskutiert, ob Restaurants nur noch mit Zertifikat für Geimpfte und Genesene geöffnet haben dürfen. Getestete würden ausgesperrt. Warum überlässt man die Entscheidung nicht dem Besucher? Hinzu kommt eine grundsätzliche Überlegung: Tatsache ist doch, dass bereits vor Corona Infektionskrankheiten existierten. Daran wird sich auch künftig nichts ändern, zumal auch andere Erreger auftauchen werden, die weitaus problematischer als Covid-19 sein könnten. Ich halte es deshalb für gefährlich, sich derart auf ein einziges Virus zu fokussieren.

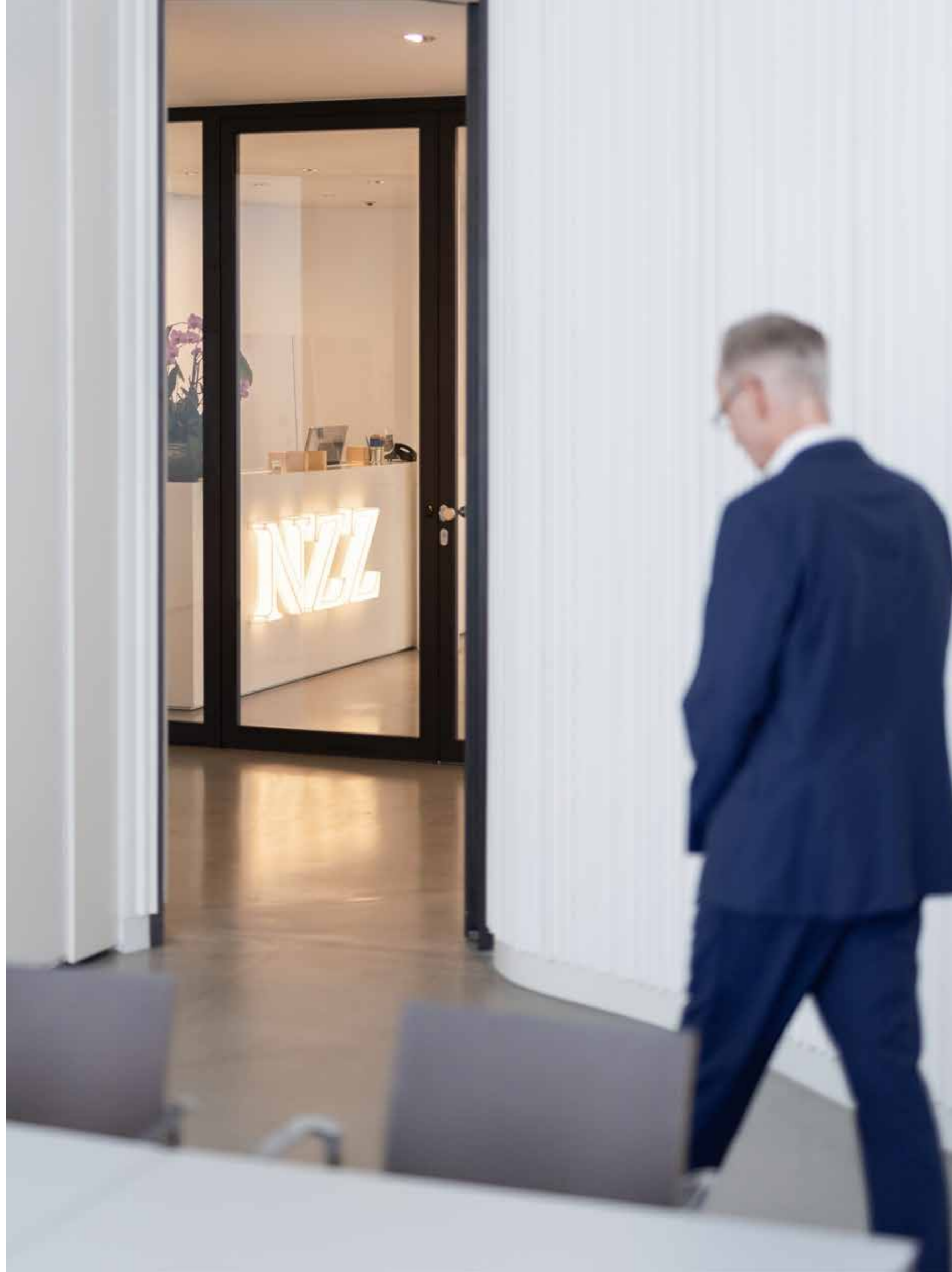
«Journalismus sollte nicht von Subventionen leben.»

Sie kritisieren in der «NZZ» auch die staatlichen Eingriffe bei den Medien. So lehnen Sie und die «NZZ»-Redaktion das Medienpaket von 178 Millionen Franken ab, von dem vor allem die Grossverlage profitieren und gegen das das Referendum ergriffen wird. Warum?

Unser Berufsstand sollte nicht von Subventionen leben. Das ist meine liberale Überzeugung. Es gibt bereits Überlegungen, die Förderung aus dem Medienpaket an Parameter wie Diversität, bestimmte Quoten oder mehr Demokratierelevanz zu knüpfen. Am Ende werden die Medien immer stärker vom Staat abhängen.

Wie muss man sich das konkret vorstellen?

Es gibt Diskussionen darüber, dass der Staat die Einhaltung bestimmter Prinzipien vorschreibt, um in den Genuss der Gelder zu kommen. Solche Regeln lassen sich sehr willkürlich gestalten. Wir mussten während Corona die falsche Diskussion führen, ob Medien Kurzarbeitsentschädigung beantragen können oder nicht.



Ihre Meinung?

Selbstverständlich haben sie Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung. Das ist eine Versicherungsleistung, und ich halte dieses Instrument, das während der vergangenen Monate seine Wirksamkeit bewiesen hat, für sehr wichtig. Sie ist zudem von der Branche unabhängig. Die Presseförderung kann hingegen dazu dienen, Einfluss auf die Medien zu nehmen – auch in politischer Hinsicht. Am besten sieht man dies bei der SRG. Wenn sich diese einen vermeintlichen oder einen tatsächlichen Lapsus leistet, reagiert sofort Bundesbern mit allen möglichen Parteien. Es war nicht einmal möglich, ein Radiostudio von Bern nach Zürich zu transferieren, ohne dass dies zu einer Staatsaffäre erklärt wurde. Eine solche Situation wünsche ich mir nicht für die privaten Medien.

Unterstützen Sie das Referendum gegen das neue Mediengesetz, das ein Komitee von Unternehmern und Verlegern angekündigt hat?

Wie gesagt, die «NZZ»-Redaktion befürwortet das Medienpaket nicht. Aus Gründen der Transparenz möchte ich jedoch hervorheben, dass ich nicht nur Chefredaktor bin, sondern auch Mitglied der Geschäftsleitung des Unternehmens «NZZ». Das Unternehmen hat sich – wie die anderen Grossverlage und die Mehrheit des Parlaments – für dieses Medienpaket ausgesprochen. Wird also besagtes Gesetz umgesetzt, was ich nicht glaube, wird auch die «NZZ» die finanzielle Unterstützung annehmen, allein schon, um eine Wettbewerbsverzerrung zu verhindern.

Aber es wäre konsequenter, auf das Geld zu verzichten ...

Ja, aber wir würden in diesem Fall freiwillig einen Nachteil gegenüber den Wettbewerbern in Kauf nehmen, was in einer Marktwirtschaft jeder tunlichst unterlassen sollte. Diese Argumentation zeigt jedoch die Absurdität solcher Subventionen auf, die immer zu Wettbewerbsverzerrungen führen.

Die «NZZ» ist bürgerlich orientiert. Auffallend ist aber, dass Ihre Zeitung gegenüber der FDP, deren publizistischer Vertreter Sie eigentlich sind, in letzter Zeit immer kritischere Töne angeschlagen hat. Wo liegen die Gründe?

Ich bin nicht Mitglied der FDP, die «NZZ» ist auch kein Parteiblatt. Zwar sind wir dem

Freisinn verbunden, weil wir ähnliche Werte vertreten und für liberale Werte einstehen. Das führt zu einer grossen Nähe, stellt aber die notwendige Kritikfähigkeit nicht in Frage. Unser publizistischer Auftrag besteht darin, sämtliche politischen Entwicklungen in der Schweiz zu beobachten.

Was heisst das konkret? Wie beurteilen Sie die Wahl von Thierry Burkart zum neuen FDP-Präsidenten?

Burkart vertritt einen klassisch freisinnigen Kurs. Er hat die Möglichkeit, das Profil der Partei zu schärfen. Ich denke, er ist eine gute Wahl.

Sie haben sich Anfang März in einem Leitartikel gegen den Rahmenvertrag ausgesprochen und damit dessen Ende publizistisch eingeleitet.

Der Bundesrat hat vor vielen Jahren einen fundamentalen Fehler gemacht, als er das Rahmenabkommen in die Vernehmlassung schickte. Dies führte zu endlosen Diskussionen über diesen Vertragsentwurf, ohne dass eine Lösung gefunden wurde. Zwar hat sich unsere Zeitung in der ersten Phase für den Rahmenvertrag ausgesprochen, irgendwann war das Thema aber zerredet. Dies habe ich in meinem Leitartikel geschrieben. Wenn das Pferd tot ist, sollte man absteigen. Diese von mir formulierte Einsicht ist wahrlich nicht weltbewegend.

Untertreiben Sie nicht ein bisschen? Ihr Kommentar war doch der publizistische Todesstoss für den Rahmenvertrag...

Keineswegs. Medienschaffende sollten die Lage analysieren und Realitäten beschreiben, unabhängig davon, wie man zu einer politischen Sache steht. Ich halte mich dabei an die Devise «Schreiben, was ist» von «Spiegel»-Gründer Rudolf Augstein. Ich musste feststellen, dass das Rahmenabkommen keine Chance mehr hat, angenommen zu werden. Sämtliche Parteien und die Landesregierung waren zerstritten – mit Ausnahme der SVP und der Grünliberalen. Es ging mir darum, unserer Leserschaft ein möglichst realistisches Bild zu vermitteln. Ich bin vielleicht einer der Ersten gewesen, die das so deutlich formuliert haben. Trotz der Ablehnung muss unser Land weiterhin eine gedeihliche Beziehung zur Europäischen Union pflegen, da die Schweiz nun

einmal von dieser umgeben ist – und nicht umgekehrt.

Aber wie könnte eine Zusammenarbeit mit der EU in den nächsten Jahren aussehen?

Das ist Stoff für mehrere Interviews. Fundamental ist für mich Folgendes: Die zerstrittene Landesregierung muss sich klar darüber werden, wo sie überhaupt noch einen Konsens in der Europapolitik hat. Den sollte sie öffentlich formulieren, auch als vertrauensbildende Massnahme gegenüber Brüssel. Der Bundesrat muss im ersten Schritt seine Glaubwürdigkeit und seine Handlungsfähigkeit in diesem Dossier wiederherstellen.

Sie haben sich mit der «NZZ» erfolgreich in Deutschland positioniert. Wie viel Schweiz ist überhaupt noch in der «deutschen» «NZZ» vertreten?

Wir können unsere Erfahrungen, die wir mit unserer direkten Demokratie sammeln, weitergeben. Faktisch gesehen gibt es bei uns keine politische Tabuzone, es wird über alles gesprochen, weil 50000 Menschen ausrei-

chen, um jedes Thema auf die Agenda zu setzen. Die deutsche Öffentlichkeit tickt konformistischer. Als Schweizer, der in Deutschland aufgewachsen ist, kenne ich beide Seiten. Wenn die «NZZ» eine Subvention verdient hätte, dann dafür, dass sie die Schweizer Befindlichkeit nach Deutschland trägt und so als Instrument Schweizer Aussenpolitik dient. So hat die deutsche Landwirtschaftsministerin kurz vor den beiden Pestizid-Abstimmungen getwittert, dass sie es als sinnvoll erachte, über solche Themen zu diskutieren. Sie hat sich dabei auf einen «NZZ»-Artikel bezogen.

«Wenn die «NZZ» eine Subvention verdient hätte, dann für den Export von Schweizer Befindlichkeit.»

Wer wird nächster Kanzler in Deutschland?
Das Leben spielt sich in Relationen ab.

Kanzler wird, wer nach den Wahlen die grösste Bundestagsfraktion und eine stabile Koalition hinter sich weiss, und ich vermute, dass dies die CDU/CSU sein wird. So gesehen wird der nächste Kanzler wohl Armin Laschet heissen. Aber das Rennen ist so offen wie schon seit vielen Jahren nicht mehr.

In Deutschland herrscht wie erwähnt eine andere Diskussionskultur als in der Schweiz. Wird man als Medium nicht gleich in die AfD-Ecke gestellt, wenn man den politischen Konsens verletzt?

Ja, in Deutschland werden andere Debatten geführt. Journalisten und Politiker sind oftmals der Meinung, sie könnten die Agenda der Themen selbst festlegen, was bedeutet, dass Andersdenkende ausgegrenzt werden. Als Schweizer weiss man, dass dies nicht möglich ist. Deswegen hat unsere Zeitung in Deutschland eine wichtige Funktion, zum Teil mag sie auch als exotisch angesehen werden. Es sind vor allem unsere Konkurrenten, die uns in die rechte Ecke stellen. Dahinter würde ich aber ein ganz anderes

ANZEIGE



Das Freiwilligen-Netzwerk für mehr Nachhaltigkeit.
ubs-helpetica.ch

Umwelt – Bildung – Soziales – Unternehmertum



Bindella

TENUTA VALLOCAIA



Unsere Leidenschaft für den Wein möchten wir mit Ihnen teilen. Wenn Sie das nächste Mal in Italien sind: Machen Sie Halt auf unserem wunderschönen Weingut Tenuta Vallocaia im Süden der Toskana. Lernen Sie die Weine, die Geschichte und die Menschen von Vallocaia kennen ...



bindella.it

Bei Fragen für Sie da: Giulia Fiacca
visite@bindella.it, +39 0578 767 777

Via delle Tre Berte 10/A
53045 Montepulciano



Motiv vermuten: Da sich unser Produkt erfreulich entwickelt, geht jedes Abonnement, das bei uns abgeschlossen wird, einem anderen Medienunternehmen verloren. Entsprechend fallen die Reaktionen aus.

Und der Vorwurf der AfD-Nähe?

Wir erfragen immer wieder die parteipolitische Nähe unserer Abonnenten. Nebst FDP-Mitgliedern lesen vor allem die liberalkonservativen Grünen aus dem Südwesten unsere Zeitung, gefolgt von CDU-Anhängern. AfD-Wählerinnen und -Wähler hingegen sind kaum vertreten, was nicht erstaunt, weil solche Parteien vor allem in Ostdeutschland stark vertreten sind.

Wie zeichnet sich eine gute Zeitung aus?

Sie muss eine klare Linie verfolgen, damit sie erkennbar und begreifbar ist. Das allein reicht aber heute nicht mehr aus. Zeitungen müssen für einen hochqualitativen Journalismus einstehen und Kommentare und Artikel publizieren, die in anderen Publikationen nicht vorkommen. Sie müssen, ohne grössenwahnsinnig klingen zu wollen, einzigartig sein. Ausserdem muss eine Redaktion das digitale Storytelling beherrschen.

Wie lange werden Printmedien noch existieren?

Solange es unsere Leserinnen und Leser wünschen und wir dies auch finanzieren können. Redaktionen müssen sich verändern. In der letzten Zeit hat der Verwaltungsrat vier

Ressortleiterinnen und -leiter unter vierzig Jahren ernannt. Die Jungen haben heute mehr Möglichkeiten, den Journalismus mitzugestalten, als das in den saturierten Achtziger- und Neunzigerjahren möglich war. Die Zukunft ist zudem zunehmend weiblich. So habe ich mit Nicole Anliker eine weitere Frau zur stellvertretenden Chefredaktorin ernannt, und Inlandchefin ist Christina Neuhäus – um nur einige Beispiele zu nennen.

Hat dies Auswirkungen auf die «NZZ»?

Ich glaube, dass die Leserinnen wollen, dass unsere Produkte auch durch Journalistinnen vertreten werden, weil diese andere Zugangsweisen haben, neue Identifikationsmöglichkeiten bieten und andere Themen aufgreifen. Ich bin kein Anhänger von Quoten. Vielmehr lässt sich das Problem am ehesten lösen, indem auf eine gleichmässige Verteilung von Männern und Frauen innerhalb der Redaktion Wert gelegt wird.

Was bewirkt diese Veränderung?

Was die Unterschiede zwischen Frauen und Männern betrifft, möchte ich ein wenig ausholen: Ich bin der letzte DDR-Korrespondent der «NZZ» und habe 1989 beim Fall der Berliner Mauer erlebt, dass alles möglich ist. In einer Nacht zerfiel das sowjetische Imperium. In Osteuropa setzte ein Umbruch ein, der heute noch nicht abgeschlossen ist ...

Wie haben Sie den 9. November wahrgenommen?

Mit dem Mauerfall wurde mir schlagartig klar, dass sich die Welt dauernd verändert. Wir befinden uns in einer ständigen Transformation. Das Gleiche erlebte ich später in der ehemaligen Sowjetunion. Im ehemaligen Ostblock machte ich zudem die Erfahrung, dass Frauen mit Veränderungen leichter zurecht kommen als Männer, höchstwahrscheinlich weil sie weniger statusorientiert sind und traditionell häufiger gebrochene Erwerbsbiografien haben. Die Frauen haben damals jedenfalls den Aufbruch in die neue Zeit besser hinbekommen. Auch die Medienbranche befindet sich in einem grossen Veränderungsprozess. Diversität im Unternehmen ist hilfreich, um damit umzugehen. Dazu gehört auch, Frauen in Führungspositionen zu fördern und für einen Geschlechterausgleich zu sorgen. Natürlich braucht es auch ältere, erfahrene Mitarbeiter. Sämtliche Gruppen sollten in einer Zeitung vertreten sein, damit die Gesellschaft vielseitig abgebildet werden kann.

Ihr Führungsstil wird mitunter kritisiert.

Wie würden Sie diesen selbst beschreiben?

Da komme ich auf mein Lebensthema zurück, die Transformation. Ein Chefredaktor muss in der gegenwärtigen Lage der Medien schwierige Entscheidungen treffen, die einem niemand abnehmen kann. Eine Transformationsphase bringt immer Kritik mit sich. Mir wäre es auch lieber, wenn wir immer noch dasselbe Geschäftsmodell vorfinden würden wie im Jahr 2001. Seinerzeit

ANZEIGE



VBZ Zürich Linie

Hohe Akzeptanz ist einer der vielen Vorteile von Werbung bei den VBZ. Alle anderen erfahren Sie in Tram und Bus. Und natürlich auf vbz.ch/trafficmedia oder bei Telefon 044 411 41 23.

stammten unsere Erlöse vor allem aus den Inseraten und zu 20 Prozent aus den Abonnements. Inzwischen hat sich das Blatt gewendet. 70 Prozent des Erlöses kommen aus dem Lesermarkt und 30 Prozent aus den Inseraten. Während die «NZZ» vor zwanzig Jahren noch ohne «NZZ am Sonntag» oder «NZZ Geschichte» rund 150 000 Abonnenten verzeichnen konnte, sind es heute gar 160 000. Das ist eine wahre Erfolgsgeschichte. Trotz der sogenannten Medienkrise sind wir gewachsen, nicht geschrumpft.

Spektakulär war die Ersetzung von «NZZ am Sonntag»-Chefredaktor Luzi Bernet durch Jonas Projer. Ist dies auch Teil der Transformation?

Das ist eine Frage, die Sie unserem Verwaltungsrat stellen sollten. Der ist für die Ernennung der Chefredaktoren verantwortlich.

Was war der Grund, die beiden Redaktionen für Internationales und Wirtschaft doch nicht zusammenzulegen?

Alle Sonntagstitel müssen stärker als bisher den Weg ins Digitale finden, auch die «NZZ am Sonntag». Sie konzentriert sich jetzt ganz darauf. Die Integration zweier Ressorts hätte da vorübergehend für Ablenkung gesorgt.

Ergibt es noch Sinn, dass beide Zeitungen eine eigenständige Redaktion haben?

Auch die partielle Integration wäre keine Fusion gewesen. Ich glaube ganz fest daran, dass die zwei Titel zwei im Kern eigenständige Redaktionen benötigen, sonst entsteht Einheitsbrei. Daher sollte sich eine Zusammenlegung nur auf die Teilbereiche erstrecken, wo die Synergien eindeutig überwiegen, so wie im Sport-Ressort, das von jeher für beide Titel arbeitet.

Was war für Sie persönlich das Highlight in diesem Jahr?

Die Zahl der Abonnenten ist 2020 stark angestiegen, weil viele Menschen in der Pandemie erkannt haben, welchen Wert solide fi-

nanzierte Qualitätsmedien besitzen. Wir fürchteten, sehr viele dieser «Corona-Abos» 2021 wieder zu verlieren. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Leserinnen und Leser bleiben uns treu.

Und der Tiefpunkt?

Für mich als in der Wolle gefärbten Journalisten ist jede Geschichte, die nicht gut erzählt ist, und jeder Kommentar ohne prägnante Aussage ein Tiefpunkt. In diesem Sinn braucht es immer wieder Tiefpunkte als Ansporn, es besser zu machen – aber bitte nicht so viele, dass die Leser die Freude an der «NZZ» verlieren. Man darf den Biss nicht verlieren, sonst wird der Journalismus langweilig. Das wäre dann der ultimative Tiefpunkt. □

ANZEIGE

OOH! Webrepublic kann auch offline.

Integrierte Planung für 2022 mit
Webrepublic 360° Media.

webrepublic

Bederstrasse 49 | CH - 8002 Zürich | +41 44 542 90 60 | office@webrepublic.com

DISPLAY ■ TV ■ RADIO
**360°
MEDIA**

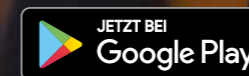
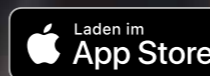
CREDIT SUISSE 

Kann ich auch als Werber ein Banker sein? Klar geht das.

Mit **CSX Finanzplan** Vorsorge selbst optimieren.
CSX: Konto, Karte und vorsorgen.
Alles in einer App. Schon ab CHF 0.–

credit-suisse.com/csx

Jetzt App
downloaden



Jede Investition ist mit Risiken verbunden, insbesondere in Bezug auf Wertschwankungen und Rendite. Sie können einen Teil oder das gesamte investierte Kapital verlieren.
Copyright © 2021 Credit Suisse Group AG und/oder mit ihr verbundene Unternehmen. Alle Rechte vorbehalten.